

## Bürgerschaftliche Befassung zum Thema „Expressbau“

**Pläne zur „Unterbringung mit Perspektive Wohnen“ wurden in der Bürgerschaft debattiert.**

Die anhaltend hohe Zahl an Geflüchteten und in Hamburg unterzubringenden Menschen beschäftigt weiterhin viele Menschen, die politische Akteure und die Verwaltung in unserer Stadt. Gleichzeitig bleibt der Wohnungsmarkt in Hamburg weiter angespannt. Die große Herausforderung wird es sein, für alle Menschen, ob geflüchtet oder nicht, Wohnraum zu schaffen und beide Gruppen nicht gegeneinander auszuspielen. Eben diesen Ansatz verfolgt der Senat mit seinem Programm zur Unterbringung von Geflüchteten.

Die üblichen Genehmigungsverfahren, mit denen die Behörden Neubau-Projekte genehmigen, dauern viel zu lange, um angemessen auf die große Zahl von Menschen zu reagieren. In der Regel würde es vier bis fünf Jahre dauern, bis neue Gebäude geplant, genehmigt, gebaut und bezugsfähig sind. Es ist offensichtlich, dass auf diesem Wege das aktuelle Problem nicht sinnvoll gelöst werden kann, denn die behelfsmäßige Unterbringung in Zelten und ehemaligen Baumarkthallen bringen eine große Anzahl Probleme mit sich.

### Der Hamburger Ansatz

Aus dieser Situation heraus entwickelte der Senat einen Ansatz, dem eine Neuerung des Baugesetzbuchs (BauGB) des Bundes zugrunde liegt. Nach den Änderungen des § 246 Absätze 8-13 und 14 BauGB können Baugenehmigungen für die dringend benötigten Flüchtlingsunterbringungen ohne das zeitaufwendige Bauplanverfahren bzw. abweichend von bestehenden Bauplänen gestattet werden:

1. Zunächst wird unter dem neuen Bauplanungsrecht eine Unterkunft für Flüchtlinge geplant ordnungsrechtlich genehmigt.
2. Schnellstmöglich wird mit dem Bau begonnen – und hier kommt die Hamburger Idee ins Spiel, denn gebaut werden soll nicht in Container- oder Schnellbauweise, sondern nach den in Hamburg geltenden Sozialbaustandards.
3. Sobald das konkrete Bauprojekt

feststeht, wird beim zuständigen Bezirk nach diesen Plänen eine Baugenehmigung beantragt.

Dieses Vorgehen beruht auf einem Detail des neuen Baurechtsparagrafen: Mit diesem dürfen AUSSCHLIESSLICH Unterkünfte für Flüchtlinge genehmigt werden. In den Gebäuden darf also niemand eine Wohnung bekommen, der nicht als Flüchtling untergebracht wird – also auch keine Menschen, die aus anderem Grund Anspruch auf öffentliche Unterbringung haben wie beispielsweise Obdachlose oder Bewohnerinnen in Frauenhäusern, die eine eigene Wohnung suchen. Genauso dürfen keine „regulären“ Mietverträge abgeschlossen werden.

Wenn aber die errichteten Gebäude den Sozialbauwohnungsstandards entsprechen und nachträglich für die bereits errichteten Gebäude ein entsprechender Bebauungsplan festgestellt wird, können sie in den regulären Wohnungsmarkt überführt werden, sobald sie nicht mehr von der Stadt für Geflüchtete genutzt werden müssen. So können gleichzeitig Geflüchtete untergebracht werden und es entstehen neue Wohnungen für den Hamburger Wohnungsmarkt.

### Anhörungen im Stadtentwicklungsausschuss

Mit diesen Plänen hat sich der Stadtentwicklungsausschuss der Bürgerschaft in zwei Anhörungen beschäftigt. In der ersten wurden von allen Fraktionen benannte Expertinnen und Experten von den Abgeordneten befragt. Dabei gab es einige bemerkenswerte Erkenntnisse:

Alle Expertinnen und Experten waren sich einig, dass geflüchtete Menschen schnellstmöglich in Wohnungen und nicht in Sammelunterkünften wie ehemaligen Baumärkten untergebracht werden müssen, damit eine Integration in unsere Gesellschaft gelingen kann. Und keiner der Expertinnen und Experten – auch nicht die von den Oppositions-Fraktionen eingeladenen – konnte einen Alternativ-Plan für die Unterbringung und Integration von Geflüchteten präsentieren.

Zwar gaben die Fachleute viele unterschiedliche Aspekte zu bedenken, auf die geachtet werden müsse, damit in den neuen Quartieren keine Parallelgesellschaften entstehen. Das wäre aber mit den vom Senat und den senatstragenden Fraktionen bereits vorgesehenen Maßnahmen,

wie beispielsweise zur sozialen Infrastruktur, Kinderbetreuung und Schulentwicklung, zu leisten ([Flüchtlingsunterkünfte mit der Perspektive Wohnen, https://www.buergerschaft-hh.de/parldok/vorgang/45973](https://www.buergerschaft-hh.de/parldok/vorgang/45973) | [25-Punkte für gelungene Integration, https://www.buergerschaft-hh.de/parldok/vorgang/46296](https://www.buergerschaft-hh.de/parldok/vorgang/46296)).

Auf mehrfache Nachfragen wurde von den Expertinnen und Experten darauf hingewiesen, dass dabei in erster Linie nicht die Größe einer Einrichtung entscheidend für Integration sei, sondern die Perspektiven, die sich für die Menschen dort ergeben.

### Sorgen der Hamburgerinnen und Hamburger ernst nehmen

In einer zweiten Sitzung kamen neben Vertreterinnen und Vertretern des Senats auch die Initiativen zu Wort, die sich gegen die Unterbringungs-Pläne richten. Dabei wurde in einer sehr emotionalen Atmosphäre deutlich, dass viele Menschen Befürchtungen haben, die Stadt wäre den vielen Geflüchteten nicht gewachsen, die jetzt einen Platz für die Hamburg eine Unterbringung finden muss. In den konkreten Ausführungen wurden sehr unterschiedliche Gründe dafür benannt. Während die einen an einem bestimmten Standort im Detail Kritik äußerten, stand für andere die in ihren Augen ungerechte Verteilung der Standorte über das Stadtgebiet im Vordergrund. Nicht zuletzt waren vereinzelt auch Ressentiments gegen die Fremden spürbar.

All diese Sorgen nehmen die Stadt und die Politik ernst, denn die Kraftanstrengung allen Geflüchteten einen Platz bei uns bieten zu können soll gelingen. Trotzdem soll es dadurch nicht zu Einbußen im Alltag der Menschen kommen, die schon in Hamburg leben.

Auch wenn einige Akteure es versuchen so darzustellen, wird es keine einfachen Antworten auf die komplexe Herausforderung geben. Solange es auf internationaler Ebene nicht gelingt, die Zahl der Menschen zu reduzieren, die aus ihrer Heimat fliehen oder in den Nachbarländern bleiben können, werden weiter Geflüchtete in Hamburg untergebracht werden müssen. Und für jede benötigte Unterkunft, die nicht oder deutlich kleiner gebaut wird als geplant, muss an anderer Stelle neuer Platz geschaffen werden. Die Stadt, Fraktionen und Parteien sind weiter im Gespräch mit den Initiativen vor Ort.



**Ksenija Bekeris**

### In dieser Ausgabe:

Bürgerschaftliche Befassung zum Thema „Expressbau“ 1

### Aus dem Bezirk:

• Geflüchtetenunterkunft im Museum der Arbeit 2

• Fristverlängerung beim Bogenhagenkirche

Rathausbesuche

## Aus dem Bezirk

### **Museum der Arbeit bietet Schutzräume für besonders schutzbedürftige Geflüchtete**

Geflüchtete werden in Hamburg in der Regel in Gemeinschaftsunterkünften untergebracht. Anderes gilt für die Gruppe der besonders schutzwürdigen Geflüchteten, die die europäische Aufnahmerichtlinie (2013/33/EU) definiert. Sie schützt Schwangere, alleinerziehende Frauen mit Kindern und traumatisierte Frauen, die auf ihrer Flucht sexuelle Gewalt erleiden mussten oder vor ihr geflohen sind. Menschen mit diesem Hintergrund werden zu ihrem Schutz in gesonderten Einrichtungen untergebracht. Das Museum der Arbeit stellt nun mit der „Alten Fabrik“ für ein Jahr einen solch besonderen Schutzraum zur Verfügung. 50 Menschen mit besonderem Schutzbedarf — in der Regel Frauen — werden in der Halle Zuflucht finden. Die hygienische Versorgung wird durch Sanitärcontainer auf dem

**KSENIJA BEKERIS:** „FRAUEN UND MÄDCHEN AUS KRIEGS- UND KRISENGEBIETEN HABEN HÄUFIG EINE LANGE ODYSSEE VON VERFOLGUNG, GEWALTERFAHRUNGEN UND SEXUELLEN ÜBERGRIFFEN HINTER SICH. WIR WOLLEN IHNEN DEN BESTMÖGLICHEN SCHUTZ VOR WEITERER GESCHLECHTSSPEZIFISCHER GEWALT UND EIN SICHERES UMFELD BIETEN.“

Außengelände sichergestellt. Die Betreuung wird von fördern & wohnen übernommen.

### **SPD-Bezirksfraktion erreicht Fristverlängerung bei Verkauf**

Das Theater „DIE BURG“ in der Bugenhagenkirche kann vorerst weiterspielen – Die Übergabefrist wurde vom 1. Mai auf den August 2016 verlängert. Die Gespräche für die Nachfolge werden mit neuem Interessenten fortgesetzt.

Barmbek: Die seit 2004 nicht mehr kirchlich verwendete und geschlossene Bugenhagenkirche wird aktuell vom Theater „DIE BURG“ genutzt. Nach Plänen des Kirchenkreises-Ost und der Stadt sollten Kirche und Grundstück bereits im Mai 2016 an einen neuen Eigentümer fallen, der umfangreiche Umbaumaßnahmen am Gebäude plant. Die Nutzung der Räumlichkeiten durch das Theater in der Umbauphase wäre nicht möglich, wie auch der Umfang der Theaternutzung nach dem Umbau fraglich bleibt.

Durch eine weitere Interessenbekundung werden nun zunächst Gespräche zwischen dem neuen Bewerber, dem Bezirk und der Stadt geführt werden. Erste Gespräche ergaben die Erkenntnis, dass die Theaternut-

zung nach Plänen des neuen Interessenten aufrechterhalten erhalten werden solle. Baumaßnahmen an der Kirche solle es nicht geben.

Die SPD-Bezirksfraktion hat vor diesem Hintergrund eine dreimonatige Fristverlängerung der Übergabe bis August 2016 erreicht.

Weiter Gewinn der Fristverlängerung: Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Theaters können ihren Arbeitsplatz vorerst behalten – ihnen drohte bereits Ende Januar die Kündigung.

Alexander Kleinow, Sprecher der Regionalaussschussfraktion Barmbek: „Die komplexen Gespräche um die Nachnutzung der Bugenhagenkirche können durch die erreichte Fristverlängerung in der nötigen Ruhe und Besonnenheit fortgeführt werden. Das ist der Bedeutung des Kirchengebäudes für den Stadtteil und ihrer aktuellen Nutzung durch das Theater „DIE BURG“ angemessen. Die Vorschläge der Interessenten müssen durchleuchtet und auf ihre langfristige Tragfähigkeit hin untersucht werden. Dabei ist auch die Auswirkung der Pläne der Interessenten auf den Stadtteil ein nicht zu vernachlässigendes Kriterium.“



Foto: ST

## Rathausbesuch

Haben Sie Interesse, uns Abgeordneten bei der Arbeit über die Schulter zu schauen? Die meisten Sitzungen sind öffentlich.

Das Abgeordnetenbüro hilft Ihnen gerne bei der Anmeldung für die Sitzungen der Hamburgischen Bürgerschaft oder für Ausschuss-Sitzungen.

Die Termine finden Sie auf der Homepage der Bürgerschaft unter: [www.hamburgische-buergerschaft.de](http://www.hamburgische-buergerschaft.de)

## Termine

- 2.3. und 3.3. ab 15 Uhr, Sitzung der Bürgerschaft
- 17.3. um 19 Uhr „Barmbek Baut“ – Informationsabend zur baulichen Entwicklung rund um den Barmbeker Bahnhof mit Bezirksamtsleiter Harald Rösler in der Zinnschmelze
- 31.3. ab 15 Uhr, Sitzung der Bürgerschaft

### Impressum/ V.i.S.d.P.:

**Ksenija Bekeris, stv. Fraktionsvorsitzende, Fachsprecherin für Soziales**

**Abgeordnetenbüro Ksenija Bekeris, Pestalozzistr. 21a, 22305 Hamburg, [info@ksenija-bekeris.de](mailto:info@ksenija-bekeris.de)**

**Öffnungszeiten: Mo.: 9-13 Uhr; Di. + Fr.: 9.30-13 Uhr; Do.: 13.30-19 Uhr. Tel.: 51906908, [www.ksenija-bekeris.de](http://www.ksenija-bekeris.de)**